



für lokale Verkehrslösungen
für ein autobahnfreies Feistritz- und Lafnitztal
www.ags7.at www.buergeraktiv.at

S7-Befürworter fahren die „Ernte“ ein: Bezirksgerichte Fürstenfeld und Jennersdorf vor dem Aus ! BürgerInnen in der Region wird der Zugang zum Recht erschwert !

Die Bundesministerin für Justiz Beatrix Karl hat bekanntgegeben, welche Bezirksgerichte im Rahmen der angekündigten „Reformpläne“ geschlossen werden sollen: darunter die Bezirksgerichte Fürstenfeld und Jennersdorf, deren Sprengel dem Bezirksgericht Hartberg bzw. jenem des Bezirksgerichts Oberwart „zugeschlagen“ werden sollen.

Damit wird der Zugang zum Recht für die Bevölkerung in den Bezirken Fürstenfeld und Jennersdorf - die nach den Worten der S7-Befürworter durch den Bau dieser Müll- und Transitautobahn „aufgewertet“ werden sollen - in einer nicht vertretbaren Weise erschwert und - angesichts des Angebots an öffentlichem Verkehr in diesen Regionen - geradezu verweigert. Da die Landeshauptleute Franz Voves und Hans Niessl auf Grund der bestehenden verfassungsrechtlichen Regelung diese „Optimierungsmaßnahmen“ der Justiz verhindern können, wird sich an ihrem Verhalten zeigen, wie sehr ihnen an der in einem Rechtsstaat selbstverständliche Versorgung der Menschen mit „Gerichtbarkeit“ gelegen ist.

Neben anderen - fadenscheinigen Gründen für die Schließung der Bezirksgerichte - wird von der Bundesministerin ins Treffen geführt, dass das in den letzten Jahren gestiegene Mobilitätsverhalten der Bevölkerung längere Anfahrtswege als bisher zu Gerichten rechtfertige, zumal die StaatsbürgerInnen durchschnittlich ohnehin nur einmal im Leben ein Bezirksgericht aufsuchen müssten.

Abgesehen von dem durch diese Aussage bewiesenen Mangel an ministerieller Kenntnis über die tatsächliche „Kundenstruktur“ an Bezirksgerichten wird damit auch manifestiert, dass die durch die Befürworter der Fürstenfelder Schnellstraße S7 ständig proklamierte Standortverbesserung der Bezirke Fürstenfeld und Jennersdorf ein Märchen ist:

das angeblich gestiegene Mobilitätsverhalten, das durch die verfehlte Strukturpolitik der Verantwortlichen in den letzten Jahrzehnten zu einem Zwangsverhalten vieler Menschen geführt hat, und mit welchem massive finanzielle und ökologische Beeinträchtigungen für die dem „PKW-Nomadentum“ Ausgelieferten einhergehen, findet seine Grundlage im unreflektierten Ausbau der Straßeninfrastruktur:

Autobahnen und Schnellstraßen schlagen die Schneisen in die ländlichen Regionen, auf denen zur effektiven Ausbeutung der regionalen Ressourcen die BewohnerInnen möglichst mobil gemacht werden, um der „Wirtschaft“ eine effiziente Steigerung ihrer Profite zu ermöglichen. Dass dabei einerseits die lokale und regionale Infrastruktur (Gemeinden, Postämter, Schulen, Nahversorgung, niederrangiges Straßennetz etc.) und andererseits die Umwelt dem hemmungslosen Gewinnstreben untergeordnet und ihre Ausdünnung bis hin zur Zerstörung als zumutbares Opfer der zwangsmobilisierten Menschen von den verantwortlichen PolitikerInnen angesehen werden, überrascht im Hinblick auf die aktuell zu Tage tretende korruptive Verquickung von politischen Parteien und Wirtschaft nicht.

Die Fürstenfelder Schnellstraße S7 wurde vor einigen Monaten unter bedenklichen Umständen genehmigt: noch bevor überhaupt Baumaßnahmen aufgenommen wurden, stehen nun die Bezirksgerichte Fürstenfeld und Jennersdorf bereits auf der „Abschussliste“ der Bundesregierung – als dubioser Schritt einer Straffung der Gerichtsstruktur, deren „Einsparungseffekt“ den Bürgerinnen und Bürgern als massiv erschwerte Erreichbarkeit der Gerichtsstandorte überwunden wird. Der Zugang zum Recht wird somit nach allen Erfahrungen gerade für Menschen aus sozial benachteiligten Gruppen massiv erschwert.

Wie die Bürgermeister und die Landtagsabgeordneten der Region, denen eine Müll- und Transitautobahn wie die S7 (mit der bereits absehbaren Zunahme der Kriminalität in der Region) offenbar wichtiger ist als eine die Rechtssicherheit und die Rechtsdurchsetzung verdeutlichende Institution wie die Bezirksgerichte in Fürstenfeld und Jennersdorf der Bevölkerung die weitere Demontage ihres Lebensraumes verkaufen werden, bleibt abzuwarten. Klar ist jedoch: ihr wahrlich einfältiges Betteln nach der Fürstenfelder Schnellstraße S7 wird nur durch das Unverständnis für die systemischen Zusammenhänge zwischen Mobilität und der Ausdünnung der Bezirke Jennersdorf und Fürstenfeld übertroffen.

Die „Allianz gegen die S7“ jedenfalls hat bereits vor Jahren vor dieser Entwicklung in der Region gewarnt: die lokalen und regionalen politischen Eliten jedoch vertrauten und vertrauen noch immer einer Mobilitätskonzeption aus den Dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wenn es um die angebliche Sicherung der Lebensgrundlagen der Bürgerinnen und Bürger in den Bezirken Fürstenfeld und Jennersdorf geht.

Fürstenfeld, am 23. 2. 2012

Für die „Allianz gegen die S7“

Johann Raunikar

unterstützt von www.buergeraktiv.at

